

Keine Lösung im Streit mit Russland in Sicht

Unter der Führung von Frankreichs Präsident Hollande und Bundeskanzlerin Merkel hat die EU die Sanktionen gegen Russland verlängert. Militärmanöver auf beiden Seiten machen deutlich, dass eine Lösung des Konflikts noch lange nicht in Sicht ist.



Quelle: Welt.de

Bei dem EU-Gipfel in der vergangenen Woche richtete sich das öffentliche Interesse vor allem auf den andauernden Streit mit Griechenland. Neben der anhaltenden politischen Krise innerhalb der EU beschäftigten sich Europas Staats- und Regierungschefs jedoch auch mit der weiterhin undurchsichtigen Lage im Osten der Ukraine. Trotz zäher Friedensverhandlungen mit Russland im Februar und des anschließend von beiden Seiten unterzeichneten Minsker-Abkommens, das eine Deeskalation des bewaffneten Konfliktes anstrebt, bleibt die Situation weiterhin angespannt. Sowohl die ukrainische Armee, als auch die pro-russischen Separatisten berichten von Kämpfen und bezichtigen sich gegenseitig des Vertragsbruchs. Angesichts dieser schwierigen Lage sahen sich Europas Regierungschefs gezwungen, die Sanktionen gegen Russland um einige Monate bis zum Ende dieses Jahres zu verlängern.

Ursprünglich sollten die Sanktionen schon im Sommer auslaufen. In Brüssel entschied man sich jedoch dafür, die Sanktionen gegen Russland an die Erfüllung des Minsker-Abkommens zu knüpfen. Dieses sieht u.a. vor, dass die ukrainische Regierung bis zum Ende des Jahres wieder die volle Kontrolle über die Grenzregionen im Osten zurückerlangt, was derzeit mehr als fraglich erscheint. Für den Fall, dass das Abkommen scheitert, zieht man auch noch weitreichendere Sanktionen in Betracht, die ab Ende des Jahres in Kraft treten könnten.

Russland spekuliert jedoch darauf, dass einige der 28 EU-Länder solche Sanktionen nicht mehr mittragen würden. Bisher sind alle Mitgliedsländer demonstrativ geschlossen aufgetreten und haben mit ihren Sanktionen der russischen Wirtschaft enorm geschadet. Experten schätzen die wirtschaftlichen Einbußen in Russland inzwischen auf einen dreistelligen Milliardenbetrag. Hinzu kommt das Abrutschen der russischen Wirtschaft in eine tiefe Rezession. Allein in diesem Jahr wird die Wirtschaft voraussichtlich um 3,5% bis 4% schrumpfen. Allerdings wurden zuletzt die Klagen einiger Mitgliedsländer wie etwa Griechenland, die ebenfalls starke Einbußen hinnehmen mussten, immer lauter.

Wochenüberblick

Mo, 16.03.2015

Während sich Griechenland in zunehmender Zahlungsnot befindet, hat sich der Ton auf der europäischen Bühne weiter verschärft. Der griechische Regierungschef Alexis Tsipras schloss eine Rückkehr zur Sparpolitik kürzlich erneut demonstrativ aus. "Wir werden nicht zur Sparpolitik zurückkehren", sagte er in einem Interview mit der Tageszeitung Ethnos am Montag. Er sei zuversichtlich, noch in dieser Woche eine Einigung mit den Schuldner zu erzielen und so die Zahlungsunfähigkeit zu verhindern. In der ARD-Sendung "Günther Jauch" bezeichnete der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis den drohenden Zahlungseingpass sogar nur als "unbedeutende, kleine Liquiditätsprobleme". Europa solle Griechenland helfen zu wachsen, damit dieses später wieder in der Lage sei, seine Schulden zurückzuzahlen.

Bundesfinanzminister Schäuble kritisierte die griechische Regierung am Montag scharf. "Sie [Griechenlands Regierung] haben alles Vertrauen zerstört", sagte der Finanzminister bei einer Diskussionsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Griechenland sei bis Ende letzten Jahres auf einem guten Weg gewesen, die neue Regierung habe jedoch die erzielten Fortschritte zunichte gemacht. Außerdem warf Schäuble der griechischen Regierung vor, die eigene Bevölkerung mit falschen Versprechen zu täuschen. Die Schuld für die jetzige Misere in Griechenland liege nicht bei der Sparpolitik, sondern bei den griechischen Eliten, die über Jahrzehnte versagt und über ihre Verhältnisse gelebt hätten.

Di, 17.03.2015

Frankreich, Deutschland und Italien werden trotz des Widerstandes aus den USA zu den Gründungsmitgliedern der von China angeführten Entwicklungsbank AIIB (Asian Infrastructure Investment Bank) gehören. Dies gaben Vertreter der drei Nationen am Dienstag bekannt. Die AIIB gilt als Chinas Gegenentwurf zur Weltbank, der jedoch häufig von Experten wegen seiner mangelnden Transparenz kritisiert wurde. Da China jedoch in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Handelspartner Europas aufgestiegen ist, möchten die großen europäischen Volkswirtschaften trotz der genannten Bedenken von Anfang an Teil der neuen Institution werden.

Bei dem letzten Gipfel konnten sich jedoch Merkel und Hollande gegen die Gegner der Sanktionen durchsetzen. Unterstützung bekommen Frankreichs und Deutschlands Regierungen vor allem von den osteuropäischen Mitgliedsländern der EU, die zukünftig weitere Übergriffe durch Russland befürchten. Solche Ängste wurden kürzlich durch Militärmanöver auf beiden Seiten weiter geschürt. Putin, der einige Zeit nicht in der Öffentlichkeit aufgetreten war, kündigte in einem Fernsehinterview ein großangelegtes Manöver der Nordmeerflotte mit etwa 40.000 Soldaten an. Es folgten weitere Manöver im ganzen Land. Auch die Äußerung des Präsidenten am vergangenen Montag, er sei während der Krim-Krise bereit gewesen, die Kernwaffen des Landes zu aktivieren, trug nicht gerade zur Entspannung im Vorfeld des EU-Gipfels bei. Auf der anderen Seite führte auch die Nato zusätzliche Manöver durch.

Neben den wirtschaftlichen Sanktionen bemüht man sich in der EU nun auch zunehmend darum, der russischen Propaganda die eigenen Anschauungen entgegenzusetzen. Experten gehen inzwischen davon aus, dass der geringe Widerstand bei der Annexion der Halbinsel Krim nicht zuletzt der Propaganda russischer Medien geschuldet ist. In vielen Mitgliedsstaaten gibt es inzwischen Ableger des russischen Fernsehsenders "Russia Today", dem Sprachrohr der Regierung im Kreml. Vor allem in den baltischen Staaten, wo große Minderheiten Russisch sprechen, fürchtet man den Einfluss solcher Sender.

Als Reaktion darauf wurde die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini angewiesen, einen sog. "Aktionsplan zur strategischen Kommunikation" auszuarbeiten, um dem Einfluss russischer Medien entgegenzuwirken. Ziel des Aktionsplans ist es beispielsweise, die Medienaufsichten der verschiedenen Mitgliedsländer stärker zu verzahnen. Die Bekämpfung der Propaganda soll jedoch weiterhin vor allem auf nationaler Ebene erfolgen.

All diese Entwicklungen verdeutlichen, dass eine Lösung im Streit mit Russland nach wie vor in weiter Ferne liegt. In der EU denkt man daher nun verstärkt über Alternativen zu russischen Gaslieferungen nach. Auch in dieser Woche diskutierten die Regierungschefs wieder über die angestrebte Energieunion. Trotz der negativen wirtschaftlichen Folgen des Streits mit Russland, könnte Europa so immerhin in Zukunft von einer stärkeren Einigung des Energiemarktes profitieren.



Quelle: economist.com

Peter Schrank

Mi, 18.03.2015

Der britische Premierminister David Cameron hat am Mittwoch bekanntgegeben, dass der Mindestlohn ab Oktober um 3% steigen wird. Der erhöhte Mindestlohn wird dann bei umgerechnet etwa 9,36€ liegen und damit deutlich höher als beispielsweise in Deutschland (8,50€). Die Opposition kritisierte die Politik Camerons scharf. Anstatt eines erhöhten Mindestlohnes brauche England vielmehr einen wirtschaftlichen Aufschwung, der auch der arbeitenden Bevölkerung zugute komme.

Do, 19.03.2015

Ab 2018 fällt das Bankgeheimnis für EU-Bürger, die ein Konto in der Schweiz haben, dies wurde am Donnerstag bekannt. Nach jahrelangen Verhandlungen ist es der EU gelungen, einen jährlichen automatischen Informationsaustausch der Kontodaten zu vereinbaren. Dieser soll nicht nur die Namen der EU-Bürger umfassen, die Geld bei Schweizer Banken angelegt haben, sondern auch weitere Informationen zu den jeweiligen Konten. Ein ähnliches Abkommen wird mit zahlreichen Stadtstaaten wie Monaco oder San Marino angestrebt.

Fr, 20.03.2015

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag führten Griechenlands Regierungschef Tsipras, Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Präsident Hollande weitere Verhandlungen im kleinen Kreis, um eine Lösung im Schuldenstreit zu erzielen. Hollande sagte nach dem Treffen, dass Tsipras ihm die Zusendung einer Liste von Reformmaßnahmen zugesagt habe. Solche Reformen gelten als Grundvoraussetzung dafür, dass die Euro-Gruppe Griechenland zukünftig weitere finanzielle Hilfen zugesteht. In der vergangenen Woche hatten Experten immer wieder den Verdacht geäußert, dass Griechenland auch kurzfristig in Zahlungsschwierigkeiten geraten könnte. Tsipras wies dies jedoch erneut zurück: "Es gibt absolut kein Problem bei der kurzfristigen Liquidität", sagte Tsipras im Anschluss an das Treffen.